

dringend geboten. Europa und die ganze Weltgemeinschaft muss sich dafür stark machen und **alle verfügbaren Druckmittel** nutzen.

Kritik an der rechtsextremistischen Regierung Israels hat **nichts mit Judenfeindlichkeit** zu tun und darf kein Anlass sein, Meinungs-, Wissenschafts-, Versammlungs- und Kunstfreiheit staatlicherseits Füßen zu treten.

Aus der historischen Verantwortung Deutschlands für das einzigartige Menschheitsverbrechen der Shoah ergibt sich die Verpflichtung, sich **für Menschenrechte und das Völkerrecht einzusetzen, wo immer und von wem immer sie missachtet werden.**

Die **deutsche Regierung** muss sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einsetzen für

- ▶ **dauerhaften Waffenstillstand und Stopp der Siedler in Westjordanland**
- ▶ **die Freilassung der Geiseln und Gefangenen**
- ▶ **die Einhaltung der UN-Resolutionen und der Beschlüsse des Internationalen Gerichtshofs durch Israel**
- ▶ **Stopp der Waffenlieferungen an Israel**
- ▶ **Aussetzung der EU-Handelsabkommen mit Israel**

www.eccpalestine.org/aussetzung-des-assoziierungsabkommens-eu-israel/

Und für alle – für Politik, für Behörden, für jeden einzelnen gilt als absolute Verpflichtung:

- ▶ **Keine Diskriminierung von Palästinenserinnen und Palästinensern, von Jüdinnen und Juden**

Mehr Informationen: www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina

Die Attac-Regionalgruppe Kassel trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr im Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 10, 1. Stock, Raum 10.1.3 - Interessierte sind herzlich willkommen !



attac
Regionalgruppe
Kassel



Attac
im Kasseler
Friedensbündnis

Februar 2025

Keine Sicherheit für Israel ohne GLEICHES Recht auf Leben in Würde und Freiheit für alle!

„Welchen Sinn hätte die Gedenkveranstaltung in Auschwitz, wenn sie nicht die Gelegenheit nutzt, einen Genozid zu verurteilen, der sich vor unser aller Augen vollzieht ... Welchen Sinn hätte es, an die Menschlichkeit zu appellieren, wenn nicht, um darauf hinzuweisen, dass die Gewalt und Zerstörungslust, mit der die israelische Armee gegen die Bevölkerung von Gaza vorgeht, die israelische Gesellschaft von Grund auf zerstören und brutalisieren wird? ... Die Lehre aus Auschwitz kann nur sein: „Niemals wieder für alle“, die Forderung nach Menschlichkeit, die vor keiner Gruppe, vor keiner Religion, vor keiner Ethnie halt macht.“

Die Jüdin Erica Fischer

taz, 27.1.2025

Als Antwort der israelischen Regierung auf das Massaker vom 7. Oktober sind inzwischen in Gaza über **48 000 Menschen** durch die israelischen Militäraktionen getötet worden – 70 Prozent davon Frauen und Kinder. Hinzu kommen **ungezählte und unzählbare** Opfer: verschüttet, verstümmelt, gestorben an der Verweigerung von Nahrung, Wasser Medizin, an Kälte und Krankheiten,

insbesondere Infektionskrankheiten aufgrund von Vertreibung und unhygienischen Bedingungen.

(Quellen: www.ochaopt.org/updates)

Krankenhäuser und Schulen wurden großteils vernichtet, ebenso über 70 Prozent der Wohnhäuser und etwa 70 Prozent der Anbauflächen für Nahrungsmittel - **„Im Namen der Sicherheit Israels“**.

Der **Internationale Gerichtshof** in Den Haag hat im Fall der Klage Südafrikas entschieden, es sei **nicht auszuschließen, dass Israel in Gaza Handlungen des Völkermords begehe**. Der Internationale **Strafgerichtshof** hat **Haftbefehl** gegen Israels Präsident Netanyahu – sowie gegen Anführer der Hamas - wegen Kriegsverbrechen erlassen.

Weiterhin hat der **Internationale Gerichtshof** die andauernde **Besetzung des Westjordanlandes als klar völkerrechtswidrig** erklärt und – (bekräftigt durch die UN-Vollversammlung am 18.9.2024) - Israel aufgefordert, die besetzten Gebiete zu verlassen. **Kein UN-Mitgliedsstaat dürfe Israel bei der Aufrechterhaltung der Besatzung helfen** und auch **keine Handels- und Investitionsbeziehungen** eingehen, die der Aufrechterhaltung der Besatzung dienen.

Davon unbeeindruckt hat die Netanjahu-Regierung dem **Palästina-Hilfswerk der Vereinten Nationen (UNRWA) die Arbeit in Israel und den besetzten Gebieten verboten** – wegen angeblicher Unterwanderung durch die Hamas. Seit 1967 hatte die UNWRA anstelle der Besatzungsmacht die Aufgabe übernommen, für die Menschen in Gaza, Westjordanland und Ostjerusalem zu sorgen, einschließlich von Gesundheitsdiensten und Bildungsangeboten. Jetzt drohen die Menschen in Gaza sich selbst überlassen zu bleiben.

Siedler stehen Gewehr bei Fuß, um sich palästinensischen Grund und Boden gewaltsam und endgültig anzueignen. Im

Schatten des Kriegs in Gaza setzen sie den **Vertreibungsterror im Westjordanland** fort. Minister Smotrich ließ verkünden, man wolle noch in diesem Jahr „Souveränität“ über das Westjordanland ausüben und so die **„Gefahr“ eines palästinensischen Staates** beseitigen.

Immer deutlicher wird das Ziel: die Schaffung eines **Groß-Israels ohne Palästinenser** „**From the river to the sea**“ oder gar **von Bagdad bis Kairo**. In diese Strategie passt die Bombardierung und der Einmarsch im **Libanon**, die Bombardierung in **Syrien** und Besetzung der Golan-Höhen. Dazu gehört auch die Absicht, die noch lebenden Palästinenser in Gaza zu **„freiwilliger Ausreise“** zu bewegen. US-Trumps Rolle dabei ist, Jordanien und Ägypten mit ihrer finanziellen Abhängigkeit von den USA zu erpressen, damit sie die Vertriebenen aufnehmen.

Mit der Gründung des Staates Israel 1948 begannen für die palästinensische Bevölkerung 76 Jahre der Vertreibung und Entrechtung, 56 Jahre Besetzung und 16 Jahre Blockade des Gazastreifens.

Die **bedingungslose Unterstützung Israels durch die Regierungen der USA und auch Deutschlands** ermuntert die israelische Regierung geradezu, Unterdrückung, Enteignung und Vernichtung der Palästinenser **fortzusetzen** – mit oder ohne Waffenruhe.

Israel bezieht 69 Prozent seiner Waffen aus USA und aus Deutschland 30 Prozent – immer noch. Deutschland macht sich mitschuldig.

Mit ihrem brutalen Krieg gegen das palästinensische Volk und ihrer völligen Missachtung des Völkerrechts isoliert sich Israel innerhalb der Staatengemeinschaft immer mehr und gefährdet damit auch Jüdinnen und Juden weltweit. **Ohne Anerkennung der Rechte der Palästinenser wird es für Israel keine dauerhafte Sicherheit geben.**

Internationaler Schutz der palästinensischen Bevölkerung ist